

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444
E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFSWDE33HAN

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Thespina Lazaridu
[REDACTED]

[REDACTED] Köln

Berlin, 21.12.2020

OFFENER BRIEF AN AMNESTY INTERNATIONAL ZU JULIAN ASSANGE

Sehr geehrte Frau Lazaridu,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Appell an Amnesty International in Deutschland, den Einsatz für den in Großbritannien inhaftierten WikiLeaks-Gründer Julian Assange zu verstärken. Die Fragen, die Sie an uns richten, sind wichtig und wir müssen als internationale Menschenrechtsorganisation unsere Arbeit, unsere Aktionen und unseren Einsatz für bedrohte Aktivist_innen sowie unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung immer wieder selbstkritisch auf den Prüfstand stellen. In der Zusammenarbeit und auch der Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen stellt sich Amnesty immer wieder ähnlichen Fragen, wenn es um die Entscheidung geht, ob und wie Amnesty sich für einen bedrohten Menschen oder Aktivistin einsetzt.

Amnesty International ist ebenso wie Sie der Auffassung, dass die hartnäckige Verfolgung von Julian Assange durch die US-Behörden einen großangelegten Angriff gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung darstellt und beunruhigende Auswirkungen auf die Medienfreiheit hat. Die durch die US-Behörden gegen Julian Assange erhobenen Anklagepunkte beziehen sich auf die Veröffentlichung von enthüllten Dokumenten im Rahmen seiner Arbeit mit WikiLeaks, die auf mögliche Kriegsverbrechen der US-Armee hindeuten. Die Veröffentlichung solcher Informationen ist ein Grundstein der Medienfreiheit und des Rechts auf Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse. Amnesty International fordert daher von den US-Behörden, diese Aktivitäten zu schützen und die Anklagen gegen Julian Assange umgehend fallen zu lassen.

Um dieser Position Nachdruck zu verleihen, hat Amnesty weltweit und auch in Deutschland Anfang Februar eine Aktion gestartet, in deren Rahmen wir den US-Justizminister auffordern, die Anklagen gegen Julian Assange fallen zu lassen. Weltweit haben sich hunderttausende Menschen an dieser Aktion beteiligt und sich für Julian Assange eingesetzt. Im September konnten wir mehr als 400.000 Unterschriften dieser Petition an die US-Behörden übergeben, darunter waren 15.500 Unterstützer_innen der Petition aus Deutschland.

Gleichzeitig setzt sich Amnesty International gegenüber den britischen Behörden mit aller Deutlichkeit dafür ein, dass Julian Assange nicht in die USA ausgeliefert wird. Dort drohen ihm schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und andere Misshandlungen aufgrund der zu erwartenden Haftbedingungen wie zum Beispiel langandauernde Einzelhaft. Darüber hinaus droht ihm in den USA ein unfairer Prozess, da Äußerungen von hochrangigen US-Beamten darauf hindeuten, dass die Unschuldsvermutung in seinem Fall untergraben ist.

Vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie ist Amnesty International zudem sehr besorgt um die körperliche und geistige Gesundheit von Julian Assange, da die Bedingungen in britischen Gefängnissen und Hafteinrichtungen unzulänglich sind. Wir fordern deshalb die britischen Behörden auf, Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz umzusetzen und sicherzustellen, dass Julian Assange Zugang zu wirksamer medizinischer und psychologischer Behandlung durch qualifizierte Mediziner_innen erhält. Angesichts der Risiken der COVID-19 Pandemie und der Berichte über den schlechten gesundheitlichen Zustand von Julian Assange hat Amnesty International bereits im März den Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung öffentlich unterstützt.

Mit Blick auf das derzeit laufende Auslieferungsverfahren vor einem britischen Gericht weisen Sie zu Recht darauf hin, dass die Möglichkeiten der Prozessbeobachtung durch unabhängige Organisationen und Beobachter_innen wiederholt eingeschränkt wurden. Auch Amnesty International hat nicht die Erlaubnis der Richterin erhalten, als unabhängige und in der Prozessbeobachtung erfahrene Menschenrechtsorganisation Zugang zu dem Verfahren zu erhalten. Somit konnten wir uns nicht unmittelbar ein eigenes Bild vom Geschehen vor Gericht machen. Gleichwohl hat Amnesty International auf einige Unregelmäßigkeiten im Verfahren hingewiesen, wie beispielsweise die technischen Schwierigkeiten bei der Audio- und Videoübertragung in den Gerichtssaal oder den extrem eingeschränkten Kontakt von Julian Assange mit seinen Anwälten_innen, was die Vorbereitung der Verteidigung sehr erschwert.

Amnesty International bemüht sich weiter darum, dieses wichtige Verfahren intensiv zu beobachten und die Auslieferung von Julian Assange an die USA zu verhindern. Auch wenn wir nicht auf alle Punkte Ihres Appells eingehen konnten, so können wir Ihnen versichern, dass sich sowohl Amnesty International als auch Amnesty in Deutschland klar zur Verfolgung von Julian Assange und zu dem Angriff gegen das Recht auf die Meinungsfreiheit äußert. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Veröffentlichung von enthüllten Dokumenten, die auf Kriegsverbrechen oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen hinweisen, unter dem Schutz der Medienfreiheit und dem Recht auf Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse steht.

Mit freundlichen Grüßen



Ruth Jüttner
Teamleiterin Regionen und Themen
Abteilung Politik und Activism

